

INKA-Memorandum 2018

Demokratische Schulentwicklung in der Migrationsgesellschaft: „Schule so gestalten, dass Kinder und Jugendliche einen demokratischen Habitus entwickeln können.“ (W. Edelstein)

Schule ist eine der gesellschaftlichen Institutionen, die wesentlich dazu beitragen kann, dass Kinder und Jugendliche sich zu demokratischen Bürgerinnen und Bürgern entwickeln und als solche agieren. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen, denen sich die demokratische deutsche Migrationsgesellschaft gegenüberstellt, ist Demokratiebildung eine zentrale Aufgabe von Schule.

„Demokratielernen ist Grundprinzip in allen Bereichen ihrer pädagogischen Arbeit. Die Schule selbst muss Handlungsfeld gelebter Demokratie sein, in dem die Würde des jeweils Anderen großgeschrieben, Toleranz gegenüber anderen Menschen und Meinungen geübt, für Zivilcourage eingetreten wird, Regeln eingehalten und Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Demokratieerziehung ist Aufgabe aller Fächer. In jedem Fach wie auch außerhalb des Unterrichts geht es darum, die Verantwortungsübernahme durch Schülerinnen und Schüler sowohl zu fordern als auch zu fördern und sie damit zugleich beim Aufbau persönlicher und sozialer Kompetenz zu unterstützen.“

(Beschluss der KMK vom 06.03.2009 „Stärkung der Demokratieerziehung“)

Schulentwicklung bedeutet in vielfältiger Hinsicht, Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, demokratische Werte und Menschenrechte als bedeutsam für sich zu erkennen und eine demokratische Kultur zu erleben, in der sie Teilhabe praktizieren und Erfahrungen mit Partizipation machen können – unabhängig davon, welche Erfahrungen sie in ihrem jeweiligen familiären, sozialen und kulturellen Umfeld gemacht haben und machen.

Zentrale Aufgabenfelder:

Systemische Herausforderung: Chancengerechtigkeit

Der in Artikel 3 des Grundgesetzes festgeschriebene Gleichheitsgrundsatz bricht sich an der Realität der mangelnden Chancengerechtigkeit im Schulsystem. Die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen aus bildungsbenachteiligten Schichten und mit Migrationsgeschichte ist durch zahlreiche Studien belegt. Pädagoginnen und Pädagogen der schulischen und außerschulischen Jugendbildung, die sich nachdrücklich für Chancengerechtigkeit im Bildungswesen einsetzen, fragen danach, welche speziellen Hindernisse an ihrer Schule den Schulerfolg bestimmter Gruppen verhindern. Gibt es sprachliche Hürden? Gibt es Hindernisse (z.B. stereotype Zuschreibungen), die an bestimmte Gruppenzugehörigkeiten (z.B. geschlechtliche, soziale, kulturelle, ethnische, religiöse) gebunden sind?

Eine Schule für alle – Möglichkeit zur Entwicklung der eigenen Identität

Was kann Schule tun, damit alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben, ihre Potenziale zu entfalten und größtmögliche Unterstützung für ihre Entwicklung erhalten? Inklusive Ansätze bieten die Chance, einen demokratischen Umgang mit Diversität zu entwickeln. Grundsätze einer diversitätsbewussten Schule sind gelebte Mehrsprachigkeit und Multiperspektivität, Interkulturalität und Internationalität sowie viele Formen demokratischer Teilhabe.

Die Befriedigung zentraler Bedürfnisse wie Anerkennung, Sinngebung, Sicherheit, Handlungsfreiheit und Zugehörigkeit für alle Schülerinnen und Schüler erfordert Konzepte auf mehreren Ebenen. Leitendes Prinzip einer inklusiven Schule ist Diversitätsbewusstsein aller Beteiligten, das sich in der Schulkultur und im Unterricht spiegelt.

Menschenrechte leben – Schutz vor Diskriminierung und Rassismus

Eigene Diskriminierungserfahrung schützt nicht vor stereotypen Zuschreibungen, Vorurteilen und rassistischen Einstellungen – kann aber auch die Basis für Empathie und Perspektivwechsel sein. Der Grundsatz „*Schule als sicherer Ort bietet im Schulalltag und im Unterricht Schutz vor Diskriminierung und Rassismus*“ stellt Kollegien vor vielfältige Aufgaben: die Anforderung, mit Diffamierungen, Beleidigungen und Diskriminierung von rechtsextremen Positionen umzugehen, auf islamophobe Haltungen zu reagieren, antisemitischen Einstellungen Einhalt zu gebieten, in Auseinandersetzungen mit Homophobie und Sexismus Orientierung zu geben und für Menschenrechte konsequent einzustehen. Die demokratische Kultur einer diskriminierungssensiblen und rassismuskritischen Schule spiegelt sich im Unterricht, in den Curricula, im Umgang miteinander im Schulalltag, in Ritualen und Strukturen, die Betroffene unterstützen, Empowerment bieten und sich mit Verletzungen der Menschenrechte offensiv auseinandersetzen.

Zunehmende Bedeutung von Religiosität im säkularen Umfeld

Für viele Kollegien stellen sich im Spannungsfeld von Freiheits- und Gleichheitsrechten neue Fragen. Die Forderung nach Anerkennung traditioneller und kultureller Werte kann Grundrechten widersprechen. Die Akzeptanz von weltanschaulicher und religiöser Vielfalt sieht sich der Schwierigkeit von Grenzziehungen gegenüber, wenn sie mit religiösem Extremismus konfrontiert wird: z.B., wenn Schülerinnen mit dem Gleichheitsgrundsatz und der Gewährleistung der freien Religionsausübung argumentieren, um die Zusammenarbeit mit männlichen Schülern zu verweigern. Mit Bezug auf religiöse Glaubenssätze wird der Gleichheitsgrundsatz bezogen auf Geschlechterrollen negiert. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die alltägliche Berufspraxis? Wann bedeutet eine unterschiedliche Behandlung Diskriminierung und Unterdrückung, wann zeugt sie von Gleichberechtigung? Wann führt die Gleichbehandlung von Menschen zu Unterdrückung und Diskriminierung? Wann ist sie ein Zeichen von Gleichberechtigung? Gerade im Verhältnis von Demokratie und Religion sind Kollegien gefordert, Grund- und Menschenrechte zu konkretisieren und zu bestimmen, wie Grenzlinien verlaufen sollen und weltanschauliche und religiöse Vielfalt gelebt werden kann.

Nicht ganz neue Herausforderung: Rechtspopulismus

Auch in der Akzeptanz von weltanschaulicher Vielfalt, z.B. gegenüber rechtspopulistischen Positionen, stellt sich die Frage der Grenzziehung. Wie reagieren wir in der pädagogischen Rolle des Lehrenden, wenn wir mit politisch radikalen, die Demokratie in Frage stellenden Positionen konfrontiert sind? Wie sicher sind wir in der Positionierung, wenn es um die Erziehung zum „mündigen Bürger/zur mündigen Bürgerin“ geht? Wie begegnen wir Einschüchterungsversuchen von Rechtspopulist_innen? Was bedeutet Zivilcourage und kollegiales/kollektives Handeln in diesem Zusammenhang?

Perspektive: Denkräume für demokratische Schulentwicklung schaffen

Die Auseinandersetzung und der Dialog in den angesprochenen Feldern zwischen allen Beteiligten, können helfen, die Praxis demokratischen Handelns zu institutionalisieren und Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit eröffnen, demokratische Einstellungen und Handlungskompetenzen zu erwerben, damit sich auf diese Weise Schülerinnen und Schüler zu „Demokraten für das Leben und für ein Leben in der Demokratie“ (W. Edelstein) entwickeln. Demokratische Schulentwicklung ist dafür ein notwendiger Rahmen. Es gilt, Räume zu schaffen, um den beschriebenen Herausforderungen systemisch begegnen zu können, sich über mögliche Wege klar zu werden und sie gemeinsam zu beschreiten.

Hinweis: Unterstützung durch die KMK

Für Schulen, die sich auf den Weg machen, sind die überarbeiteten KMK-Empfehlungen zur Demokratiebildung von 2018 „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung“ und zur „Menschenrechtsbildung in der Schule“ wichtige Instrumente.

(<https://www.kmk.org/presse/pressearchiv/mitteilung/demokratie-braucht-ueberzeugte-und-engagierte-demokraten-empfehlungen-zur-demokratie-und-menschenr.html>)